(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) dieser Institution und ihren Feststellungen umgehen. Unsere Vorschläge, die wir zu diesen beiden Bereichen gemacht haben, als unseriös zu bezeichnen, heißt den Landesrechnungshof zu desavouieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Farthmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir angesichts dieses Ihres Vorgehens konsequent sind und alles tun, damit Ihre Guillotine wenigstens hier im Plenum keine Köpfe mehr rollen läßt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine nette Variante zum Schluß, Herr Farthmann: Nachdem Sie den Landeshaushalt so spät eingebracht haben, sorgen wir durch unser Verhalten wenigstens dafür, daß er möglichst schnell verabschiedet wird. Darin sind wir uns ja einig.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung zum Einzelplan 02 ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge Drucksachen 10/791 bis 10/793 ab.

(B) Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 10/791; Antragsteller ist die CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titel 422 10, 425 10 und 426 10. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Das letztere war die Mehrheit; bei Stimmhaltung der F.D.P. ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag Drucksache 10/792, Antragsteller CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titelgruppe 60 Titel 527 60. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Stimmhaltungen? - Mit dem gleichen Ergebnis ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 10/793 der CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titelgruppe 60 Titel 526 60. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen! - Bei Stimmhaltung der F.D.P. mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu der Abstimmung über den Entwurf des Einzel-

(C) plans 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/722. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltung? - Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der Einzelplan 02 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Einzelplan 03 auf.

(Zurufe: 01!)

- Wir wollten diesen eigentlich am Schluß erledigen. Aber wenn Sie es so wünschen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01: Landtag

Die Beratung war bereits geschlossen. Es geht nur noch um die Abstimmung.

Wer für den Entwurf des Einzelplans 01 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/721 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Der Einzelplan 01 ist in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Innenminister

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/723.

Mit Drucksache 10/794 liegt Ihnen ein Änderungsantrag zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Paus von der Fraktion der CDU.

Paus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist ein reiner Verwaltungshaushalt. In finanziell guten Jahren kann man von diesem Haushalt kaum politische Schwerpunkte erwarten. Aber selbst bei der jetzigen Haushaltsmisere muß ein solcher Verwaltungshaushalt nach unseren Vorstellungen das Funktionieren der inneren Verwaltung und vor allem das Funktionieren des gesamten Bereiches der inneren Sicherheit gewährleisten. Diesen Minimalansprüchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der

(Paus (CDU))

(A) vorgelegte Haushalt auch nach den kosmetischen Retuschen - -

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, darf ich um Aufmerksamkeit für den Redner bitten!

Paus (CDU): Diesen Minimalansprüchen wird der vorgelegte Haushalt selbst nach den kosmetischen Retuschen der SPD-Fraktion nicht gerecht. Auch dieser Haushalt verletzt, wie seine Vorgänger seit Beginn der 80er Jahre, sträflich die Belange der Polizei und damit den gesamten Bereich der inneren Sicherheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es nicht gut, wenn Polizeibeamte in Uniform demonstrieren und dabei den Verkehr teilweise lahmlegen. Aber die Unzufriedenheit und die Frustration der Polizei, die sich darin niederschlagen, sind voll und ganz verständlich und berechtigt.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden mir das, soweit Sie bei den Personalversammlungen der örtlichen Polizeibehörden am 13. Februar anwesend waren, voll und ganz bestätigen können.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt reichlich Gründe für diese Unzufriedenheit, für diese Frustration: Fehlende Aufstiegschancen, vor allem bei der Schutzpolizei im Vergleich zu anderen Landesbehörden. In Nordrhein-Westfalen sind entschieden weniger Schutzpolizisten im gehobenen Dienst als in vergleichbaren Bundesländern. Die Zusammenlegung der Stellenpläne von Schutzpolizei und Kriminalpolizei war eigentlich nur Mangelverwaltung. Ein im Vergleich zu den Bundesbehörden, aber auch zu anderen Landesbehörden erheblicher Beförderungsstau enttäuscht die Beamten. Dafür trägt allein die Landesregierung, unter anderem mit Ihrem Phasenbeschluss, die volle Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Wer jahrelang auf Beförderung, für die er alle Voraussetzungen erfüllt hat, nur wegen der Haushaltsmisere des Landes warten muß, der hat nur noch wenig Spaß, sich den Mühen des Wach- und Wechseldienstes zu unterziehen.

(Aigner (SPD): Wie bei den Lehrern!)

Meine Damen und Herren, das gilt vor allem auch für lebensältere Beamte, die befürchten

müssen, daß sie die ihnen eigentlich zustehende Beförderung kurz vor der Pensionierung nicht mehr erreichen werden, weil dieses Land in dieser Finanzmisere steckt. (C)

Es ist auch ein schlimmer Berufseinstieg für junge Beamte, wenn sie nach Abschluß der Ausbildung bei Erfüllung aller Voraussetzungen jahrelang auf die recht bescheidene Beförderung von A 6 nach A 7 verzichten müssen.

(Jaax (SPD): Das gilt auch für Werkzeugmacher!)

Der Innenminister unseres Landes hat die zentrale Aufgabe, vor allem mit Hilfe der Polizei die innere Sicherheit in unserem Lande sicherzustellen. Die Nachfrage nach diesem Produkt innere Sicherheit ist in den zurückliegenden Jahren massiv und kontinuierlich gestiegen. Seit Beginn der 70er Jahre haben wir in vielen Teilbereichen einen Kriminalitätsanstieg um fast 100 % erlebt. Die gegenwärtige Stagnation beim Anstieg der Kriminalität wird von Fachleuten als eine Delle im generellen weiteren Anstieg gesehen. Hinzu kommt, daß bei der Polizei eine Reihe zusätzlicher Aufgaben - Umweltkriminalität, Computerkriminalität, Wirtschaftskriminalität und durch das drastisch angestiegene PKW-Aufkommen - angefallen sind.

Die Antwort der Landesregierung auf all diese zusätzlichen Anforderungen war in den letzten Jahren nicht Stellenausweitung, sondern Stellenabbau bei der Polizei. Das gilt nicht für 1985 - das war ja auch ein Wahljahr, und vor den Wahlen hat man gesagt: Im Jahre 1986 soll es keinen zusätzlichen Personalabbau geben. Daß das nach den Wahlen immer anders aussieht - wen wundert das bei dieser Landesregierung? (D)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang feststellen: Wenn wir vor der Landtagswahl - erstens - erklärt hätten, es werde tatsächlich einen Personalabbau geben, und wenn wir - zweitens - erklärt hätten, der Finanzminister werde die Finanzsituation des Landes nach den Wahlen mit Mexiko, Brasilien, Polen und was weiß ich womit, vergleichen, dann wäre auf uns die "Versöhnen-statt-spalten-Keule" des Ministerpräsidenten niedergegangen.

Meine Damen und Herren! 1985 hat es bei der Polizei 5 Millionen Überstunden gegeben. Trotzdem verfügt die Landesregierung erneut einen Stellenabbau um diese 0,5 %, und daran ändern auch die Beschlüsse der SPD nichts. Herr Innenminister, die 102 zusätzlichen Stellen für die freigestellten Personalrats-

(Paus (CDU))

- (A) mitglieder ändern an diesem Personalabbau von 0,5 % ebenfalls nichts. Diese Kräfte standen schon seit längerer Zeit nicht mehr zur Verfügung.

Die CDU-Fraktion hält diesen zusätzlichen Personalabbau für nicht vertretbar, zumal durch den 1%igen Abbau bei den Angestellten und bei den Arbeitern erhebliche zusätzliche Aufgaben auf den Polizeivollzugsdienst zukommen, die er einfach übernehmen muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bereich der inneren Sicherheit ist eine sicherlich mitentscheidende zentrale Pflichtaufgabe des Staates. Dabei steht der Schutz des Staates für seine Bürger im Vordergrund und nicht, wie der Ministerpräsident das in einem Beitrag zu den Sicherheitsgesetzen gesagt hat, der Schutz des Staates vor den Bürgern. Es geht darum, den Schutz des Bürgers vor Rechtsbrechern und seine Rechte, den Schutz der persönlichen Sicherheit und Freiheit des Bürgers vor der Bedrohung durch eine nach wie vor ansteigende Kriminalität zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns schlicht unverständlich, daß trotz steigender Aufgaben bei der Polizei Personalabbau betrieben wird. Wir halten einen solchen Personalabbau, Herr Innenminister, nur dann für vertretbar, wenn Sie den einzelnen Polizeibeamten vor Ort gefälligst auch mitteilen, welche konkreten Aufgaben vor Ort sie denn bitte künftig vernachlässigen dürfen. Es geht nicht an, den einzelnen Polizeibeamten oder den Polizeiführer vor Ort in diesem Dilemma stehenzulassen - weniger Leute, gleiche oder steigende Aufgaben - und am Ende dann auf ihn die Keule herabschwingen zu lassen, wenn irgend etwas schiefgegangen ist.

Unruhe und Unzufriedenheit gibt es bei der Polizei auch deshalb, weil diese Landesregierung überhaupt kein Konzept für die Polizei unseres Landes hat. Ursprünglich, zu Beginn der 70er Jahre, galt es, ganz rasch das Ziel "ein Polizeibeamter auf 400 Bürger" zu gewährleisten.

(Guttenberger (SPD): Haben wir doch!)

Zunächst ist auch massiv auf dieses Ziel hingearbeitet worden. Es sind jährlich bis zu 2 000, teilweise über 2 000 neue Kräfte eingestellt worden, und es sind neue Ausbildungskapazitäten in erheblichem Umfang geschaffen worden.

Uns scheint, daß dieses Ziel zwischenzeitlich aufgegeben worden ist. Bei der Polizeidichte liegt Nordrhein-Westfalen am unteren Ende

der Skala der Bundesländer. Im Vergleich zu diesen fetten Einstellungsjahren werden 10, maximal 15 % neue Kräfte eingestellt. Im Jahre 1986 soll ein Einstellungstermin sogar tatsächlich vollständig entfallen.

In den Unterkünften der Bereitschaftspolizei herrscht gähnende Leere. Krampfhaft wird versucht, das nach dem Bund-Länder-Abkommen vorzuhaltende Kontingent an Bereitschaftspolizei durch Verfahrenstricks nachzuweisen. Fertig ausgebildete Beamte werden schlicht noch dort behalten, um sie nachzuschulen und damit Ausbilder zu beschäftigen.

Die Landesregierung fordert von der Wirtschaft Einstellung um jeden Preis und verweist dabei auf die demnächst vor uns stehende Lehrlingsknappheit. Jetzt könnte auch die Landesregierung neue Leute einstellen und sich die Leute noch aussuchen; denn schon heute ist für die 90er Jahre ein massiver Personalbedarf bei der Polizei zu erkennen, auch wenn wir nur die jetzige Stärke halten wollen. Dann wird aber nach unserer Beurteilung der Arbeitsmarkt leergefegt sein.

Herr Innenminister, sagen Sie uns, sagen Sie diesem Hohen Hause, wo Ihr Konzept für die Polizei des Jahres 1995 ist! Welche Polizeidichte stellen Sie sich vor? Welcher Personalaufbau, welche Personalstruktur schwebt Ihnen für diese Zeit vor? Die CDU-Fraktion kann ein solches Konzept hier und heute nicht erkennen.

Die Personaleinstellungen werden - das ist für uns deutlich - nicht nach langfristigen Personalplanungen vorgenommen; sie richten sich ausschließlich nach dem Haushaltsspielraum, den von Fall zu Fall der Finanzminister zur Verfügung stellt. Ich kündige hier eine konkrete parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion an, in der wir uns mit diesem nach unserer Auffassung fehlenden Personal-konzept und Polizeikonzept der Landesregierung auseinandersetzen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen dieses Befundes, den ich Ihnen vortragen konnte, hat die CDU-Fraktion die personelle Situation bei der Polizei zu einem ihrer zentralen Themen bei der jetzigen Haushaltsberatung gemacht. Da wir sehen und anerkennen, daß im Haushalt des Innenministers keine Luft ist, hat die Fraktion uns 20 Millionen DM für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Polizei aus allgemeinen Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt.

(Reinhard (SPD): Das ist aber einfach!)

(C)

(D)

(Paus (CDU))

- (A) - Aus unserem Antrag können Sie entnehmen, Herr Kollege Reinhard - das haben wir auch im Innenausschuß besprochen -, wie wir diese Mittel einsetzen wollen. Herr Kollege Reinhard, wir meinen, daß ein Schwerpunkt bei der Polizei gebildet werden muß und daß nicht in einem ausgepowerten Haushalt noch 100 000 Mark von der einen zur anderen Seite geschoben werden können.

(Guttenberger (SPD): Sie müssen aber auch sagen, woher Sie die 20 Millionen DM nehmen wollen!)

- Ich verweise auf das, was Herr Kollege Dr. Worms zu Beginn der Haushaltsberatungen ausgeführt hat.

(Henning (SPD): Aber Herr Paus, das können Sie doch nicht ernst nehmen!)

- Herr Henning, wir nehmen das sehr ernst.

Ich stelle Ihnen unsere Anträge vor. Mit ca. 9 Millionen DM wollen wir 300 neue Planstellen für Anwärter schaffen, um damit ein deutliches Signal gegen Personalabbau zu setzen und Kontinuität in die Einstellungspraxis bei der Polizei zu bringen. Wir wollen den Phasenbeschluß weitgehend aufheben und alle Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst und mindestens 50 % der sich daraus ergebenden Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst ausschöpfen.

- (B) Dazu sind ca. 7,5 Millionen DM erforderlich.

Wir wollen die Stellenpläne von Schutzpolizei und Kriminalpolizei im gehobenen Dienst wieder trennen, da diese Form der Mangelverteilung weder der Schutzpolizei noch der Kriminalpolizei dient.

(Zustimmung bei der CDU)

Durch Umwandlung der jetzt bezahlten Überstunden, die vor allem bei der Kriminalpolizei anfallen, wollen wir 55 neue Stellen eben durch Einsatz dieser bezahlten Überstunden für Kommissare bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei ausweisen.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich wollen wir 2 150 neue Planstellen der Gruppe A 7 schaffen und dafür in diesem Jahr - die Berechnungen stammen vom Innenminister - 1,6 Millionen DM zusätzlich einsetzen. Wir wollen das tun, um den Polizeihauptwachmeistern endlich die von ihnen seit langem verdiente Beförderung nach A 7 zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Reinhard, Sie meinen, Sie machten das besser. Davon haben Sie uns im Ausschuß nicht überzeugt. Wir stellen heute hier konkret dieselben Anträge, weil wir alle unsere Petita durch Ihre Anträge nicht erfüllt sehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Kollege Reinhard, Sie wollen alle bei der Polizei und in anderen Landesverwaltungsbezirken anfallenden Überstunden in einen Pool einbringen und aus dem Geld, das dabei zusammenkommen soll, eventuell zusätzliche Stellen schaffen.

Nach dem Hinweis Ihres Kollegen Guttenberger im Innenausschuß, wonach die Polizei auch weiterhin auf diese Überstunden angewiesen sei, wird es aus dem Pool für die Polizei wohl nicht sehr viel geben. Ihr Bonbon für die Gewerkschaften der Polizei ist die Ermächtigung, die Sie im Haushaltsgesetz ausbringen wollen. Danach soll der Finanzminister - hören Sie gut zu: der Finanzminister - ermächtigt werden, Stellen von A 6 nach A 7 umzuwandeln. Der von Ihnen eingeschlagene Weg ist zwar besser als nichts - deshalb haben wir uns im Ausschuß bei diesem Antrag der Stimme enthalten -, er ist aber bei gegenwärtiger Betrachtung für uns ein ungedeckter Scheck. Sie ermächtigen ausgerechnet den Finanzminister,

(Zustimmung bei der CDU)

den Finanzminister, der für das Sparen verantwortlich ist, in erheblichem Umfang Beförderungsstellen zu schaffen, ohne ihm auch nur einen Pfennig zusätzlich im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Keinen Pfennig zusätzlich im Haushalt!

(Zustimmung bei der CDU)

Das passiert fast am selben Tage, an dem der Finanzminister die Ergänzungsvorlage vorlegt, wonach er 186 Millionen DM mehr braucht und diese durch globale Minderausgaben erwirtschaften will.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Kollege Reinhard, wir haben mit unserem letzten Antrag einen ganz klaren Weg aufgezeigt, wie es gemacht werden muß, wenn man den Leuten helfen will. 2 150 Planstellen von A 6 nach A 7 umzuwandeln kostet 1,6 Millionen DM. Dann können die Leute ab nächster Woche im Haushalt nachlesen: Es gibt diese zusätzlichen Stellen. Dann können sie sich darauf verlassen.

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Herr Abg. Paus, lassen Sie eine Frage des Herrn Abg. Dorn zu?

Paus (CDU): Nein. Ich habe meine Zeit bis auf 30 Sekunden ausgeschöpft und möchte meine Rede ganz gerne zu Ende führen.

Also: Der Finanzminister soll ermächtigt werden. Wir halten das bei diesen Rahmendaten für einen ungedeckten Scheck.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Erklärung, Herr Kollege Reinhard, die Sie dafür im Innenausschuß gegeben haben, weshalb Sie nicht unseren Weg gegangen sind, nämlich daß der Finanzminister noch irgendwie seine Finger im Spiel halten müsse,

(Reinhard (SPD): Richtig!)

kann nur den Sinn und den Zweck haben, daß der Finanzminister entscheiden kann. Wir machen es doch nicht oder wir machen es nicht in diesem Ausmaß.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sehr gut!)

Sonst gehen Sie unseren Weg, denn dann ist die Sache in Ordnung, dann können die Leute sich darauf verlassen. So bleibe ich dabei: Es ist ein ungedeckter Scheck.

Für mich nicht ganz nachvollziehbar ist, daß Ihnen die GdP diesen ungedeckten Scheck bereits als bare Münze abgekauft hat.

(B)

(Reinhard (SPD): Die haben Vertrauen zu uns!)

- Wir wollen hoffen, daß das nicht enttäuscht wird, Herr Kollege Reinhard.

Ich komme zum Schluß. Wir werden den gesamten Einzelplan '03 ablehnen, wenn Sie nicht durch Annahme unserer Anträge bereit sind, einen ersten Schritt für eine Stärkung der Polizei und damit für mehr innere Sicherheit in unserem Lande zu tun. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Reinhard das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Reinhard (SPD): Herr Präsident! Mene sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt einen Antrag der christdemokratischen Union

vorliegen, der die Personalstruktur bei der Polizei betrifft und der ein Mehr an Ausgaben von 20 Millionen DM vorsieht. Wir haben diesen Antrag auch schon im Innenausschuß entgegennehmen können, und ich muß mich fragen: In den vergangenen Jahren hat die christdemokratische Fraktion ständig dem Personaletat des Innenministers zugestimmt. Sie ist nie auf die Idee gekommen, anzunehmen, daß durch die Haushalte der zurückliegenden Jahre die Personalstruktur der Polizei sich verschlechterte.

(C)

Jetzt auf einmal - in diesem Jahr - kommt die große Erleuchtung. Die CDU will mit einem Segen von 20 Millionen DM über das Land gehen und viele Polizeistellen anheben und zusätzliche schaffen. Auf einmal kommt die Erleuchtung!

Ich frage mich: Woran liegt das eigentlich? Bisher hat die Landesregierung immer den richtigen Personaletat eingebracht.

(Paus (CDU): Das stimmt nicht!)

Er hat Ihre Zustimmung gefunden; Sie haben nie Anträge gestellt. Ich kann mich erinnern - ich bin lange genug im Innenausschuß -, daß Sie einmal Anträge gestellt haben wegen neu anzuschaffender Handschellen, wegen nach Ihrer Auffassung in nicht genügender Zahl vorhandener Autos, aber den Personaletat haben Sie bisher immer akzeptiert.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Paus zu?

(D)

Paus (CDU): Herr Kollege Reinhard, ist Ihre Erinnerung ein wenig getrübt, oder erinnern Sie sich daran, daß, seitdem wir bei der Polizei über Stellenabbau diskutieren, unsere Fraktion jedes Jahr Resolutionen zum Haushalt eingebracht hat und gerade dieses Thema, nämlich daß man bei der Polizei nicht bei zusätzlichen Aufgaben Personal abbauen kann, thematisiert hat? Wir haben dazu keinen ganz konkreten zahlenmäßigen Antrag gestellt,

(Reinhard (SPD): Gerade das ist es!)

aber geben Sie mir zu, daß das stets unser Thema bei der Polizei war?

(Beifall bei der CDU)

Reinhard (SPD): Sie haben resolutioniert, aber keine konkreten Anträge gestellt. Das haben Sie gerade zugegeben.

Eine zweite Vorbemerkung soll mir gestattet sein. Wir haben ja im Innenausschuß zwei

(Reinhard (SPD))

- (A) Oppositionsfraktionen: die christdemokratische und die freidemokratische. Ich muß sagen, die freidemokratische Fraktion hat sich im Innenausschuß sehr verantwortungsvoll verhalten. Sie hat nämlich unserem Antrag zugestimmt und hat sich bei Ihren Anträgen der Stimme enthalten mit der deutlichen Erklärung - Herr Kollege Dorn wollte sicher gerade durch eine Zwischenfrage Ähnliches zum Ausdruck bringen -, daß das, was die CDU im Personaletat bei der Polizei fordert, nicht zu verantworten ist. So die klare Aussage der F.D.P.-Sprecherin im Innenausschuß! Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Paus (CDU): Die F.D.P. hat sich enthalten, Herr Kollege! Das haben Sie falsch in Erinnerung.)

- Und bei unserem Antrag hat die F.D.P. zugestimmt!

Eine dritte Bemerkung vorweg: Herr Kollege Paus, Sie haben die vielen Personalversammlungen bei der Polizei zitiert, die ja im Lande stattgefunden haben und an denen viele Kollegen teilgenommen haben. Ich muß sagen, dort ist es sehr maßvoll zugegangen. Dort sind nicht solche Anträge gefordert worden, wie Sie sie hier stellen, in diesen Größenordnungen. Da sind sehr maßvolle Vorschläge gemacht worden.

- (B) Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Teil der Anregungen der Gewerkschaft der Polizei aufgegriffen. Wir haben sie durch die Mehrheit im Innenausschuß und im Haushalts- und Finanzausschuß realisiert. Ich kann auf die Presseerklärung der Gewerkschaft der Polizei nach der maßgeblichen Fraktionssitzung verweisen, worin ausdrücklich die Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion hinsichtlich des Personaletats der Polizei begrüßt wird. Davon können wir ausgehen: Die Gewerkschaft der Polizei heißt gut, was die SPD-Landtagsfraktion beschlossen hat. So ist die Lage, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einige spezielle Bemerkungen machen, nachdem hier global gefordert wird, 20 Millionen DM zusätzlich in den Personaletat einzustellen, wobei der christdemokratischen Fraktion wohl entgangen zu sein scheint, daß schon erhebliche Verbesserungen im Personaletat der Polizei ihren Niederschlag gefunden haben. Es ist, das ist richtig, eine Stelleinsparung von nur - "nur" sage ich einmal ausdrücklich in Relation zu anderen Einsparungen - 0,5 % vorgesehen. Der Stellenabbau wird aber praktisch wesentlich dadurch verringert, daß im Polizeivollzugs-

dienst 102 Ersatzplanstellen für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder geschaffen werden.

(C)

(Unruhe)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Ich bitte die ehrenwerten Mitglieder dieses Hohen Hauses, etwas mehr Ruhe eintreten zu lassen, damit Ihr Kollege Reinhard die Gelegenheit erhält, seine Argumente vorzutragen. - Ich danke Ihnen, Herr Kollege; Sie haben weiterhin das Wort.

Reinhard (SPD): Zweitens: Es werden wiederum 200 Planstellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes für den Aufstieg lebensälterer Beamter in Planstellen des gehobenen Dienstes umgewandelt.

Dritte Feststellung: 150 Planstellen des mittleren Kriminaldienstes werden in Planstellen des gehobenen Dienstes für Fachhochschulabsolventen umgewandelt, und 260 Planstellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes werden nachgeschlüsselt, wodurch sich mehr als 400 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten ergeben.

Vierte Feststellung: Durch die Schaffung von insgesamt 384 zusätzlichen Stellen für den gehobenen Dienst ergeben sich auch entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten für den mittleren Dienst.

Dies alles sind strukturelle Verbesserungen im Personaletat der Polizei, die anscheinend von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Statt dessen stellen Sie hier diesen, wie ich meine, unsachlichen und unverantwortlichen Antrag, den Personaletat um 20 Millionen DM auszuweiten.

(D)

Ein wesentliches Problem war das der Polizeihauptwachmeister, d. h. der Beförderung der Polizeihauptwachmeister zu Polizeimeistern von A 6 nach A 7. Hier war es in der Vergangenheit so, daß die Polizeihauptwachmeister zwei Jahre nach Ablegung der ersten Fachprüfung zum Polizeimeister befördert wurden. Erstmals seit Ende 1985, aber insbesondere im Jahre 1986 ließ der Stellenplan die Beförderung von Polizeihauptwachmeistern mit mehr als zwei Dienstjahren zum Polizeimeister nicht mehr zu. Rund 1 500 Polizeihauptwachmeister hätten die verdiente Beförderung nicht erfahren können, wenn es beim Haushaltsentwurf geblieben wäre.

Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion hat der Innenausschuß deshalb beschlossen, die

(Reinhard (SPD))

- (A) 2 949 Planstellen für Polizeihauptwachmeister und die 6 481 Planstellen für Polizeimeister zu 9 430 Planstellen der Besoldungsgruppen A 6/A 7 zu bündeln. Die Bündelung für das jeweilige Eingangsamts der Laufbahngruppe und ihr erstes Beförderungsamts war bekanntlich bis 1978 üblich, wurde dann aber vom Bundesgesetzgeber grundsätzlich abgeschafft, jedoch nicht für die Sonderlaufbahnen der Polizei. Dementsprechend verfahren auch andere Bundesländer, wie es hier vorgeschlagen und vom Ausschuss beschlossen ist. Aus der Bündelung ergeben sich 2 945 Beförderungsstellen zum Polizeimeister, also mehr als jetzt im Augenblick und in diesem Jahr gebraucht werden. Damit können alle Polizeihauptwachmeister zwei Jahre nach erfolgreich abgelegter erster Fachprüfung zum Polizeimeister befördert werden. Es kommt also nicht zu dem befürchteten Beförderungsstau gerade bei den Beamten, die einkommensmäßig nicht auf Rosen gebettet sind und zudem den schweren Wach- und Wechseldienst auf sich nehmen müssen.

Die Opposition möchte auf anderem Wege zum Ziele kommen. Sie möchte uns mit ihrem Antrag praktisch unterlaufen. Wir haben aber im Innenausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss deutlich erklärt, weshalb wir aus sauberen, gesetzssystematischen Gründen diesen Weg gewählt haben, der eine Veränderung des Haushaltsgesetzes vorsieht und gesetzlich die Bündelung von A-6- und A-7-Stellen möglich macht.

- (B) Ich meine, das ist ein rechtlich klarer und sauberer Weg.

(Wendzinski (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich komme nun noch zu einigen Unterpunkten des Antrags, den Sie vorgelegt haben. Sie beantragen erstens, 7,5 Millionen DM aufzuwenden, um unter Aufhebung des Phasenbeschlusses die volle Nachschlüsselung der Stellen im mittleren Dienst unter Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen zu ermöglichen. Die Stellenobergrenzenverordnung aber, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ist gerade der entscheidende Punkt. Wir haben im Innenausschuss sehr deutlich erklärt, daß die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Finanzminister, wenn der Bund - das liegt ja nicht in unserer Zuständigkeit - die Stellenobergrenzenverordnung ändert, dafür Sorge tragen werde, daß die neue Regelung auch ausgeschöpft wird. Der Bund ist hier gefragt!

(Zustimmung bei der SPD)

(C) Sie müssen an Ihre Verantwortlichen im Bund appellieren, daß die Stellenobergrenzenverordnung geändert wird. Das ist das Entscheidende.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Reinhard (SPD): Nein, ich zerpfücke gerade diesen Punkt, und mein Vortrag paßt so logisch ineinander,

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

daß ich jetzt nicht unterbrochen werden will. Außerdem ist bekannt, was Sie, Herr Kollege Paus, im Innenausschuss gesagt haben. Sie haben vorhin schon ausgeführt, Sie hätten resolutioniert. Dabei bleibt es dann wohl auch.

Ein zweiter Punkt ist dann die Erhöhung um etwa 2,2 Millionen DM. Genau das habe ich vorhin als Kernpunkt der Beschlüsse der SPD-Fraktion dargestellt. Es geht um die Ausweisung von neuen Planstellen nach A 7, die Möglichkeit der Beförderung von A 6 nach A 7. Das ist für Sie nur ein Schaugeschäft.

(Zustimmung des Abg. Aigner (SPD))

Wir haben das konkret in die richtige Form gebracht. Sie ziehen jetzt politisch nach. Mehr ist das nicht. Wir haben die Zeichen der Zeit besser und eher als Sie erkannt.

(D) Ein dritter Punkt beinhaltet eine Erhöhung um rund 9 Millionen DM. Es wird die Einstellung weiterer 300 Polizeianwärter in Planstellen nach A 6 verlangt. Die Notwendigkeit dazu sehen wir im einzelnen gar nicht ein. Ich habe vorhin im Detail erläutert, welche Verbesserungsmöglichkeit der Haushaltsentwurf enthält. Sie haben das im Innenausschuss auch nur global vertreten, ohne konkret zu werden. In der Begründung Ihres Antrags heißt es auch nur sehr pauschal, das sei aus sicherheitspolitischen Gründen notwendig. Wir kennen ja Ihre Argumente, daß die armen Frauen nachts nicht mehr über die Straße gehen könnten.

(Mietz (CDU): Hören Sie doch auf!
- Dr. Lichtenberg (CDU): Stimmt das denn nicht? - Weitere Zurufe von der CDU)

In diese Richtung deutet das hin. Kollege Guttenberger wird gleich dazu einiges mehr sagen.

Dann wollen Sie die Stellenpläne von Schutz- und Kriminalpolizei wieder trennen. Wir haben

(Reinhard (SPD))

- (A) im vergangenen Jahr beschlossen, daß die Stellenpläne bei der Polizei eine Einheit bilden sollen, daß Schutz- und Kriminalpolizei nicht mehr gesondert geführt werden. Wir haben das im vorigen Jahr für vernünftig gehalten und sind der Auffassung, daß eine so grundsätzliche Entscheidung nicht nach einem Jahr schon wieder nach dem Motto "Rein in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln" geändert werden soll. Das wäre nicht sehr überzeugend. Die Zusammenlegung der Stellenpläne ist einmal für die eine Gruppe, einmal für die andere nicht gut. Im Prinzip aber ist es richtig, daß die Stellenpläne der Polizei zusammengeführt werden. Man kann nicht, je nach taktischen Gegebenheiten und besoldungsmäßigen Forderungen und Notwendigkeiten, die Stellenpläne auseinanderreißen, die man erst im vorigen Jahr aus guten Gründen zusammengefaßt hat.

Ich komme zum Schluß. Ich meine, die Vorschläge der SPD-Fraktion sind ausgewogen, den unteren Gruppen im Besoldungsgefüge wird geholfen, und den finanzpolitischen Notwendigkeiten des Etats wird Rechnung getragen. - Ich bitte Sie daher, die Anträge der Opposition abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Dr. Lichtenberg das Wort.

- (B) (Aigner (SPD): Der Schauspieler kommt! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dr. Lichtenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz auf das eingehen, was Kollege Reinhard gesagt hat. Herr Kollege Reinhard, Sie wissen anscheinend nicht, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung bei allen Innenministern, auch bei denen der Länder, abgehakt ist. Und nur bei Ihrem Finanzminister, der im Moment gar nicht anwesend ist, hakt es. An den sollten Sie sich wenden.

(Reinhard (SPD): Das ist unerhört! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich meine Ausführungen in Anlehnung an das bekannte klassische Zitat unter das Motto "Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Situation unserer Polizei verbessert werden muß" stellen. Und damit dies den Damen und Herren auf der Regierungsbank und auf der linken Seite dieses Hohen Hauses visuell präsent bleibt,

(Der Redner legt eine alte Polizeimütze auf das Rednerpult.)

erlaube ich mir, Herr Präsident, im Interesse der Sache ausnahmsweise - - (C)

Präsident Denzer: Nein, Herr Abgeordneter! Gags werden hier nicht gestattet. Nehmen Sie die Polizeimütze bitte dort wieder herunter. Gags können Sie außerhalb des Plenums veranstalten, hier nicht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Wir sind hier nicht im Kasperletheater! - Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Abgeordneter, Sie haben wieder das Wort.

Dr. Lichtenberg (CDU): Wenn Sie das wünschen, Herr Präsident, werde ich mich selbstverständlich danach richten.

Ich hätte mir gewünscht, diese alte Polizistenmütze hier ausnahmsweise plazieren zu dürfen. Damit mögen auch symbolisch jene Schwierigkeiten unterstrichen werden, welche oft die treffend als Freunde und Helfer der Bürger apostrophierte Polizei mit den Regierenden unseres Landes hat.

Meine Damen und Herren, nicht, daß wir uns hier mißverstehen: Keinesfalls handelt es sich in diesem Zusammenhang, Herr Reinhard, nur um materielle Probleme, so wichtig diese auch sein mögen. Nein, hierbei geht es ebenfalls um den geistigen Überbau, um die Rahmenbedingungen, Herr Innenminister, der täglichen Arbeit unserer Polizei, ja, es geht schlechthin um die innere Sicherheit. (D)

Darum lohnt es sich, so meine ich, darüber ein paar umfangreichere Betrachtungen anzustellen, was aus der Sicht meiner Fraktion gerade hier im Lande Nordrhein-Westfalen innere Sicherheit bedeutet und wie sie nach unserer Auffassung neu geprägt werden sollte, weil die amtierende Landesregierung das kaum noch tut, meine Damen und Herren!

Sicherlich wird die Landesregierung dem Postulat zustimmen, daß der freiheitliche und soziale Rechtsstaat seine Bürger und seine verfassungsmäßige Ordnung gegen alle Angriffe zu schützen hat, den Rechtsfrieden wahrt und für Gerechtigkeit sorgt. Daraus wird aber deutlich, daß innere Sicherheit nicht allein eine Frage der Macht und des Einsatzes staatlicher Vollzugsmittel ist. Die Frage nach der Wirksamkeit der Arbeit der Polizei, die wir uns so oft stellen, verkürzt diesen Sachverhalt. Die Frage nach der inneren Sicherheit ist also nicht nur funktionalistisch zu betrachten, sondern sie hat zweifellos auch moralische Aspekte, ja, sie hat geistige und politische Dimensionen, und von

(Dr. Lichtenberg (CDU))

- (A) daher ist innere Sicherheit die gemeinsame Aufgabe aller Bürger, die dafür jeden Tag neu gewonnen werden müssen.

Ob die Landesregierung aber alle Anstrengungen unternommen hat, um die Bürger immer wieder aufs neue vom Wert der inneren Sicherheit zu überzeugen, erscheint mir aus einer Reihe von Gründen mehr als fraglich.

Die Sicherheitsorgane, meine Damen und Herren, also auch die Polizei, repräsentieren dabei im freiheitlichen Rechtsstaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft gegen Rechtsbruch ganz generell. Jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Rechtsbrecher zu diskriminieren, ist ein Eingriff in die von der Mehrheit der Bürger bejahte staatliche Ordnung. Konsequenterweise ist der Staat unter Tolerierung persönlicher Überzeugungen und des Gewissens des Bürgers verpflichtet, einen solchen Rechtsvollzug gegenüber allen zu praktizieren, wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen.

Wenn man aber einer solchen Schlußfolgerung zustimmt - was ich auch bei der SPD-Fraktion dieses hohen Hauses unterstelle -: Wie ist dann die Haltung der Landesregierung zu dieser Frage in vielen Fällen eigentlich noch verständlich? So haben wir, meine Damen und Herren, mehrfach gefragt, was denn mit denjenigen Staatsdienern ist, die gemäß Beamten-gesetz verpflichtet sind, im Dienst und außerhalb des Dienstes für die verfassungsmäßige Ordnung unseres Landes einzutreten, und denen nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes ein Verbleiben im öffentlichen Dienst nicht möglich sein kann, weil sie Parteien zugehören und dort aktiv sind, die mit der Auffassung unseres Grundgesetzes nicht nur nicht übereinstimmen, sondern seinen Zielen sogar entgegenwirken. Weder der Innenminister - der ansonsten eifrig bemüht ist, sich auf Rechtsprechung zu berufen, wenn sie in seinen ideologischen Kram paßt - noch ein anderes Ressort der Landesregierung haben zu irgendeinem Zeitpunkt irgendetwas veranlaßt, um jene erhebliche Zahl von Angehörigen verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien aus dem öffentlichen Dienst unseres Landes zu entfernen. Wie Hohn, meine Damen und Herren, klingt es vielmehr, wenn der Innenminister dann auch noch anmerkt, die Grundsätze der Verfassungsrechtsprechung seien allen Ressorts der Landesregierung bekannt und müßten von diesen in eigener Verantwortung umgesetzt werden.

Aber nicht nur Hohn und mangelnder Respekt vor unserem höchsten Gericht werden durch

derartige Aussagen des Herrn Schnoor offensichtlich, sondern auch die geringe Wertschätzung, die der Innenminister anscheinend gegenüber den Führungsqualitäten seines Ministerpräsidenten hegt, der doch eigentlich ressortübergreifende Maßnahmen zu bestimmen hätte.

An dieser Stelle muß deshalb auch die Frage erlaubt sein: Was ist das für ein Ministerpräsident? Was ist das, meine Damen und Herren, für ein Ministerpräsident, und was hat er sich eigentlich dabei gedacht, als er im Herbst vorigen Jahres an der Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle "Sportler für den Frieden" teilnahm, die erkanntenmaßen eines der Foren darstellte, auf denen die DKP mit Erfolg ihre Anbiederungs- und Unterwanderungspolitik praktizierte, wie eine Zeitung schrieb? Aber Herr Rau, meine Damen und Herren, nahm nicht nur teil, nein, schlimmer: er übernahm sogar die Schirmherrschaft, um andererseits dann wiederum zu erklären, er identifiziere sich nicht mit allen politischen Zielen dieser Initiative. Für diese Widersprüchlichkeiten wurde er verständlicherweise von den Anwesenden dort ausgepöfeln.

Meine Damen und Herren, das ist wahrer SPD-Slalom! Das ist SPD-Slalom - opportunistisch und unzuverlässig! Es bleibt festzuhalten: Derartige Verhaltensweisen stellen keine glaubwürdige Verteidigung des Rechtsstaates dar, wie man sie eigentlich von einer bundesdeutschen Landesregierung erwarten muß.

Meine Damen und Herren, eine Bedrohung für das Gemeinwesen geht aber nicht nur von Verfassungsfeinden aus, sondern auch von denjenigen, die alles, aber auch alles aus vermeintlicher höherer Einsicht in Frage stellen und dabei entschlossen sind, sich selbst über Recht und Ordnung hinwegzusetzen und Rechtsbrüche zu verharmlosen. Das sind die Fälle, in denen Menschen meinen, sie könnten nötigen und sich dabei auf höhere politische Einsicht berufen. Wer aber andere nötigt, meine Damen und Herren, setzt sie einem Zwang aus, und niemand in einem rechtsstaatlichen Gemeinwesen hat das Recht, einen anderen mit Gewalt zu einer Verhaltensweise zu zwingen.

Den Sozialdemokraten in diesem Lande und ihrem Innenminister werfe ich in diesem Zusammenhang vor, sich nicht mit der gebotenen Klarheit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre unverzichtbaren Werte eingesetzt zu haben. Das gilt insbesondere für die deutliche Erklärung, daß Rechtsbrüche kein Mittel zur Herstellung

(C)

(D)

(Dr. Lichtenberg (CDU))

(A) einer vermeintlichen höheren Gerechtigkeit sein dürfen und sein können. Jeder Rechtsbruch, meine Damen und Herren, verletzt zunächst einmal die Regel, die die Gemeinschaft sich gegeben hat, um ihren inneren Frieden zu wahren.

Jede Gewalttat, natürlich auch die Nötigung, sei der Täter politisch motiviert oder nicht, ist in einem rechtlich organisierten Gemeinwesen verboten. Dies hat die sozialdemokratische Innenpolitik unsers Landes in der Vergangenheit nach meiner Auffassung keinesfalls unzweideutig klargemacht. Ja, dieser Innenminister, meine Damen und Herren, geriert sich bei der Ausbildung junger Polizisten sogar mit einer imaginären Wertevermittlung, wonach die Polizei bei Rechtsbrüchen gleichsam nach der inneren Motivation des Täters zu forschen habe.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion lehnt es mit Entschiedenheit ab, daß ein solches Umfunktionieren unserer Polizisten vom Gesetzesvollzieher zum "Sozialingenieur" durchgeführt wird.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

So wird hierdurch doch die erforderliche absolute Bindung des Beamten an Recht und Gesetz untergraben.

(B) Ich meine, daß wir auch denen, die beispielsweise bei Demonstrationen politisch motiviert Recht brechen, deutlich sagen müssen, daß das politische Motiv den Täter nicht edelt. Deswegen meine ich, die sozialdemokratische Landesregierung muß sich mit diesen Grundwerten viel mehr als bisher auseinandersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Menschen in Frieden und gerechter Ordnung leben können, ihre Ziele frei wählen und ihr Verhalten selbst bestimmen können. Der Sinn der inneren Sicherheit ist die Garantie menschenwürdiger Lebensbedingungen. Stimmt man dieser These zu - was ich für die Mitglieder dieses Hauses unterstelle -, dann muß dieser Konsens Auftrag und Gegenstand staatlichen Handelns sein. Hieraus ist aber wiederum zu folgern, daß niemand sich scheuen darf, immer wieder zu sagen, daß unser Staat, daß unser Land Nordrhein-Westfalen mit seinen verfaßten Organen - und auch mit seiner Polizei! - Garant dieser inneren Ordnung ist, die erst den inneren Frieden möglich macht.

Meine Damen und Herren, langfristig verspricht nur der höherwertige Gedanke Erfolg,

wenn man sich dieser geistigen Staatsbegründung widmet. (C)

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Aber genau das ist es, worüber wir von der Landesregierung und speziell vom Innenminister, der ja ebenfalls als Verfassungsminister gilt, bisher so wenig - bzw. gar nichts! - gehört haben.

Ansonsten allerdings hören wir von diesem Innenminister eine ganze Menge. Wir hören vom Ausverkauf von Freiheit und von Liberalität des Staates, wir hören von der angeblichen Unfähigkeit dieser Bundesregierung und von der Überlegung, daß Herr Schnoor keine Lesegeräte für den maschinenlesbaren Personalausweis beschaffen will - was übrigens ein glatter Rechtsverstoß ist.

(Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Was? Denken Sie an Zimmermann!)

Die fast pausenlose Ankündigung, bei allen in Bonn verabschiedeten Sicherheitsgesetzen wolle die Landesregierung das Verfassungsgericht anrufen,

(Zuruf des Abg. Henning (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- ich betrachte das, mit Verlaub gesagt, als den Gipfel sozialistischer Dialektik, daß der Innenminister die Sicherheit zum Wahlkampfthema machen will. (D)

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Und damit ist die Katze aus dem Sack! Dieser Innenminister, meine Damen und Herren, denkt anscheinend gar nicht mehr daran, daß es eigentlich seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit wäre, politisch für die Bürger unseres Landes zu arbeiten, was unter anderem auch durch Einsatz für eine zufriedene und schlagkräftige Polizei zum Ausdruck käme.

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe von CDU und F.D.P.)

Nein, dieser Innenminister betrachtet sich wohl primär als Paladin seines Herrn und Meisters Kanzlerkandidaten und als "partei-politische Rundumschlag-Keule der SPD in Richtung Bonn". Sachliche Auseinandersetzungen sind leider nicht mehr gefragt.

(Zurufe - Unruhe)

Lamentieren über Beschlüsse im Eilverfahren und über möglichen Mißbrauch kann man als

(Dr. Lichtenberg (CDU))

- (A) das entlarven, was es realiter nach zehnjähriger Diskussion sicher ist. Wenn man sich hier einmal um den maschinenlesbaren Ausweis bemüht, dann stellt man fest: Die von Herrn Schnoor geäußerte Kritik ist - davon bin ich fest überzeugt - pure Heuchelei.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß.

(Lebhafter ironischer Beifall und Zurufe bei der SPD - Heiterkeit)

Der Chef dieser Landesregierung überschlägt sich fast in der Öffentlichkeit mit Aufrufen zum politischen Anstand. Ich finde aber, ist es eigentlich ein Indiz für politischen Anstand, wenn man so verfährt, wie das Herr Schnoor getan hat? -

Ich schließe mit einem Zitat aus der Presse, das da lautet:

Wer so handelt, ist zynisch. Der Zynismus besteht darin, daß dem Bürger die Mündigkeit abgesprochen wird und daß er durch Beeinflussung zur Wählermasse degadiert wird. Das ist Stimmenfang in seichten Gewässern.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Gut abgelesen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- (B) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Abg. Guttenberger das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Guttenberger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Herrn Dr. Lichtenberg kann man ja immer setzen: Man hört keine Rede von Herrn Dr. Lichtenberg, in der nicht ein paar Beleidigungen gegenüber unserem Herrn Innenminister vorkommen. Es würde einem ja glatt etwas fehlen - -

(Zuruf des Abg. Elfring (CDU))

Das deckt doch nur - auch für die Fraktion der CDU - etwas Wesentliches zu: Wer nicht weiß, worüber er redet, muß andere beleidigen, um das zu kaschieren.

(Zustimmung bei der SPD - Elfring (CDU): Halten Sie das denn für höflich?!)

In meiner Ausbildung habe ich einen für mich wichtigen Satz gelernt, von dem ich glaube,

daß er hierhin paßt: Auch breitgetretener Quark bleibt Käse. (C)

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie, Herr Dr. Lichtenberg, mißbrauchen Politik zum Schaugeschäft. Sie hätten die Mütze vielleicht doch besser aufgesetzt, damit klar wird, wie eingengt Ihre Perspektiven zum Thema der inneren Sicherheit in diesem Lande sind.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Denn sonst hätte Ihnen ja auffallen müssen, daß der eigentliche Garant innerer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen das gesetzestreue Verhalten der Bürger unseres Landes ist,

(Zustimmung bei der SPD)

die Sie mit Ihren Argumenten - mit dem, was Sie dem Innenminister unterstellen - diffamieren, diskriminieren und die Sie im Grunde damit auch entmündigen.

Mit dieser Bevölkerung, die sich seit vierzig Jahren nach Kriege als demokratisch gefestigt, und zwar - das möchte ich dazusagen - über die Grenzen aller Parteien hinweg bewiesen hat, gehen Sie nicht richtig um; nein, Sie ziehen die Leute mit ihren Vertretern in den Schmutz. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Sie haben es nicht verstanden, Herr Dr. Lichtenberg - und ich gehe davon aus, daß nur Teile Ihrer Fraktion bei solchen Punkten hinter Ihnen stehen -, klarzumachen, daß wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen aufgrund der bei uns herrschenden Bedingungen einen liberalen, das bedeutet: auch die Rechte des Individuums achtenden Innenminister brauchen.

Ich sage von dieser Stelle aus für viele Bürger in unserem Lande: Mit Dr. Schnoor haben wir einen Innenminister, der Anerkennung weit über die Grenzen der SPD, weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens gefunden hat, weil er sozialdemokratische, liberale Innenpolitik auch im Bereich der inneren Sicherheit fährt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das heißt: Sie haben sich hier des Mittels bedient, an Stelle

(Guttenberger (SPD))

- (A) eines wenigstens kleinen Beweises eine starke Behauptung zu setzen. Wo gibt es denn die von Ihnen hier doch frei erfundenen Beamten, die mit Wissen und Wollen des Innenministers gegen die Verfassung oder ihre Inhalte vorgehen? Das ist doch frei erfunden! Und Sie nehmen den Leuten auch das Recht, im Rahmen eines Rechtsstreits letztlich ihre Positionen so oder so prüfen zu lassen. Sie haben überhaupt außer acht gelassen, daß zu diesem Rechtsstaat neben Parlament und Regierung auch die Gerichtsbarkeit gehört, wo jeder sein Recht suchen kann.

Niemand, meine Damen und Herren - dies muß man mit Entschiedenheit zurückweisen -, billigt, wenn er in der Regierung ist oder in der SPD-Fraktion oder in der F.D.P.-Fraktion oder - wie ich meine - auch in der CDU-Fraktion, Rechtsbrüche, die nicht geahndet werden. Es ist aber eine schlimme Unterstellung und ein Ungeist in der Stimmung eines solchen Beitrages, wenn dies hier immer ohne nur den Anschein eines Beweises behauptet wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Einengung beider CDU-Redner auf die Polizei macht ja deutlich, daß im Grunde in der Sache hier nicht viel drinsteckt. Sehen wir uns einmal an, wofür der Innenminister alles zuständig ist: Da ist das Landesamt für Besoldung und Versorgung - Äußerung von der CDU-Fraktion: Null -, da ist der Verfassungsschutz - Äußerung von der CDU-Fraktion, obwohl Teil des Einzelplans 03: Null.

(B)

(Zurufe von der CDU)

- Sie können sich ruhig zu einem Zwischenwort melden, Herr Paus. - Dies läßt sich unendlich fortsetzen. Aber weil man ja glaubt, mit dem Thema Polizei und der berühmten Oma, die sich mehr oder weniger nicht über die Straße traut, hier Politik - auch wenn es nur Schaumschlägerei ist -

(Na, na! bei der CDU)

machen zu können, wird diese Verengung vorgenommen. Haben Sie, meine Damen und Herren, schon einmal beachtet, daß der größte Teil krimineller Handlungen eben nicht in der Dunkelheit auf der Straße stattfindet? Stichworte nur: Wirtschaftskriminalität findet am helllichten Tage statt, Computerkriminalität findet am helllichten Tage statt. All dies wenden Sie aber nicht ein, weil es nicht so gut als Bild zu transportieren ist, weil es Ihnen im Grunde gar nicht darum geht, hier die Dinge vorwärts zu bringen, sondern auf

uns hereinzuhauen, weil Ihnen nichts Besseres einfällt.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Den Polizisten dieses Landes möchte ich von dieser Stelle aus etwas sagen. Wenn jemand mit dem schlichten Satz: "Seht zu, wo ihr die 20 Millionen herkriegt!" Beförderungschancen verspricht, kann das nie jemand sein, der im Falle einer eigenen Regierungsübernahme solche Beförderungen tatsächlich realisiert. Wenn wir die Stellenbündelung mit Hilfe des Finanzministers, der übrigens hier ist, realisieren wollen, dann doch deshalb, weil neben der objektiven Voraussetzung, nämlich dem Vorhandensein einer Planstelle, auch noch die subjektiven Voraussetzungen da sein müssen, nämlich die zweijährige - auch von Ihnen akzeptierte - Wartefrist. Das heißt: Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage wird jeder, der die persönlichen Voraussetzungen erfüllt, von A 6 nach A 7 befördert. Wenn diese Stelle gebraucht wird, wird sie eingebracht und damit die Beförderungsvoraussetzung geschaffen. Alles andere ist ein völlig falscher Weg. Hier einfach 20 Millionen DM auf Jux und Dollerei hin zu binden,

(Lachen bei der CDU)

ist jedenfalls aus meiner Sicht ausgesprochen dummes Zeug.

Keine Rede, in der Herr Dr. Lichtenberg im Rundumschlag nicht gleichzeitig auch den Ministerpräsidenten "absegnet"! Was haben Sie eigentlich gegen Frieden in unserer Gesellschaft?

(D)

(Zurufe von der CDU)

Was haben Sie gegen Frieden?

(Elfring (CDU): Nichts!)

- Eben! Und Sie ziehen sich dann daran hoch, daß nicht nur wir selbst, sondern auch andere auf andere Art und Weise sich für den Frieden einsetzen und sich dann im Rahmen ihrer politischen linken oder rechten oder sonst einer Ecke in Bereichen tummeln, die wir inhaltlich nicht teilen können. Sie scheinen das nicht zu ertragen. Diese Demokratie ist eine pluristisch angelegte Demokratie. Das heißt mit einem oft zitierten Satz - ich möchte ihn auch an dieser Stelle wieder bringen -: Die Freiheit des anderen beginnt dort, wo meine Freiheit endet. Aber ich muß diese Freiheit zulassen, sich auch mit Mitteln des Sports für den Frieden einzusetzen. Wir als Sozialdemokraten und damit auch unser Landesvorsitzender werden uns auch auf diese

(Guttenberger (SPD))

- (A) Art und Weise in dieser Bevölkerung verständlich machen, wenn es darum geht zu sagen, daß wir uns 40 Jahre nach dem Krieg in den besonderen Bedingungen dieses Landes für den Frieden einsetzen. Jeder, der versucht, daran herumzupolemisieren, ist im Grunde nicht überzeugend, wenn er selber für sich in Anspruch nimmt, für den Frieden zu sein.

(Elfring (CDU): Nicht alle, die "Frieden" sagen, meinen auch Frieden!)

Zum Thema Polizei ist gesagt worden - und da bin ich auch noch von Herrn Paus zitiert worden -, daß dieser Pool ja vermutlich für die Polizei nichts bringt. Der Gedankengang ist zwar formal vielleicht richtig, aber er endet mit der falschen Schlußfolgerung. Gerade weil bei der Polizei vermutlich auch noch weiterhin Überstunden anfallen, müssen wir den Pool haben, um der Polizei in Form von Zuweisung der Anwärterstellen - Stichwort: Zukunftspolitik auch innerhalb der Polizei - etwas zukommen zu lassen. Denn wir brauchen ja den ausgebildeten Polizisten, der die Überstunden macht. Also müssen wir bei den Anwärtern etwas tun, und dies ist nur über den Pool möglich. Dies haben Sie leider nicht erfaßt und damit hier auch nicht weitergeben können.

Die Polizei hat neue Aufgaben; aber es sind auch Aufgaben verlorengegangen. Viele der Dinge, die wir hier diskutieren, sind heute bereits Aufgabe der Staatsanwälte. Damit muß auch die Polizei - wie andere Bereiche des öffentlichen Dienstes auch - mit dem vorhandenen Personal auskommen.

(B)

Ich meine, daß das Thema "Innere Sicherheit" einen so hohen Stellenwert hat, daß man es dem Herrn Dr. Lichtenberg nicht allein überlassen kann. Ich darf von dieser Stelle aus noch einmal versichern: Wir werden auch als sozialdemokratische Mehrheitsfraktion in diesem Hause diesen liberalen Innenminister mit seiner Politik und der Sicherung des inneren Friedens und damit auch der inneren Sicherheit weiter stützen. Wir werden dem Einzelplan 03 zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Dr. Schnoor, Innenminister: Meine Damen und Herren! Ich werde auf die Rede von Herrn Lichtenberg nicht eingehen. Ich möchte nur einige Bemerkungen zum Haushalt machen.

Es gibt in der Tat bei der Polizei Probleme. Das ist einerseits der Beförderungsstau; eine Frage, die wir übrigens auch sehr deutlich angeschnitten haben, als es um die Verbesserungen für die Bundeswehr ging. Das ist andererseits die Erschwerniszulagenverordnung. Es ist unerträglich, daß für Dienst zu ungünstigen Zeiten Polizeibeamte 75 Pfennig bzw. 1,25 DM bekommen. Damit kein Irrtum entsteht: Das ist nicht die Überstundenvergütung, sondern das ist Erschwerniszulage.

(C)

(Schmidt (SPD): Den Eindruck mußte man bei den Demonstrationen haben!)

Diese Probleme lassen sich vom Landtag nicht lösen. Der Landtag hat, meine Damen und Herren, im Rahmen des ihm Möglichen alles getan, damit die Situation der Polizei verbessert wird. Für mich war das Hauptproblem, daß die jungen Polizeihauptwachmeister, die ein Nettoeinkommen von rund 1 600 DM haben und sich eine Wohnung suchen müssen, nicht wie bisher zwei Jahre nach der ersten Fachprüfung befördert werden konnten. Dies wird jetzt ermöglicht. Für die 2 150 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten bin ich ausgesprochen dankbar, meine Damen und Herren, und diesen Dank möchte ich im Namen der Polizei Ihnen aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das nicht nach einer Seite, sondern insgesamt.

(D)

Es gibt darüber hinaus eine Reihe von Verbesserungen im Landeshausalt - der Kollege Reinhard hat auf sie hingewiesen -, die in dieser schweren Zeit für das Land nicht selbstverständlich sind. Ich bin auch dankbar dafür, daß das ermöglicht wird. Ich glaube, die Polizei ist damit im Rahmen des Möglichen vom Landtag gut behandelt worden.

Jetzt gibt es noch die Notwendigkeit, die Erschwerniszulagenverordnung zu ändern. Dazu liegt beim Bund seit langem ein gemeinsamer Antrag vom Finanzminister und vom Innenminister vor. Es ist also nicht so, daß der Finanzminister anderer Meinung ist. Nur der Bund, meine Damen und Herren, tut sich sehr schwer. Er mag objektive Gründe bei Bahn, Post oder Bundeswehr haben. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber wenn Sie, Herr Kollege Worms, und Sie, Herr Kollege Rohde, Ihre Möglichkeiten - gegenüber dem Bundesinnenminister weit weniger als gegenüber dem Bundesfinanzminister - nutzen würden, würden dies Ihnen die Polizeibeamten und der ganze Landtag danken.

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Ein weiteres Problem ist die Stellenobergrenzenverordnung. Wir wollen eine Verbesserung. Ich habe mit den anderen Kollegen der A-Länder einen Antrag in der Innenministerkonferenz gestellt, den meine Kollegen aufgegriffen haben. Der Finanzminister ist bereit, wenn die Dinge beschlossen werden, das Erforderliche zu tun. Sorgen Sie durch Ihre Kontakte mit dafür, daß die Stellenobergrenzenverordnung verbessert wird. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Abg. Paus (CDU) meldete sich während der Ausführungen zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Denzer: Herr Minister, lassen Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Paus zu? - Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

Paus (CDU): Herr Innenminister, können Sie diesem Hohen Hause bestätigen, daß der Stellenobergrenzenverordnung Bundesinnenminister, Bundesfinanzminister wie sämtliche Landesinnenminister zugestimmt haben und daß es zur Zeit daran hakt, daß in der Länderfinanzministerkonferenz die Voraussetzungen dafür noch nicht geschaffen sind?

Dr. Schnoor, Innenminister: Mir ist nicht bekannt, daß der Bundesfinanzminister zugestimmt hat. Das ist für mich völlig neu. Bisher hatte der Bundesfinanzminister dazu immer nein gesagt. Aber ich würde mich freuen, wenn die Information, die Sie haben, zutreffen sollte.

(B)

Ich weiß aber, daß es bei der Mehrzahl der, wie wir sagen, B-Länder Schwierigkeiten bei den Finanzministern gibt. Bei uns ist das nicht der Fall. Ich spreche nicht für den Finanzminister, aber ich weiß aus internen Gesprächen, daß es an uns nicht scheitern würde, wenn sich die Finanzministerkonferenz insgesamt bewegen würde.

Bitte üben Sie Ihren Einfluß aus - im Interesse der Polizei. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung und lasse abstimmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Ihnen in Drucksache 10/794 vorliegt. Er betrifft Kapitel 03 110 Titel 422 10. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke. Enthaltungen? - Danke schön. Bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt.

(C)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Einzelplans 03 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/723. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Der Entwurf ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 04: Justizminister

Hierzu liegen Ihnen, meine Damen und Herren, mit Drucksache 10/724 die Beschlußempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Mit der Drucksache 10/795 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der CDU zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Dr. Klose das Wort.

Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat bei der Lesung des Landshaushalts 1986 die Rechtspflege zu einem Schwerpunkt erklärt und mit ihren Anträgen eine Initiative ausgelöst, von der sie erwartet, daß die Landesregierung den Ernst der Lage der Rechtspflege erkennt und der Landtag die gebotenen Konsequenzen zieht.

(D)

Die CDU-Fraktion beantragt, 100 Stellen für Richter und Staatsanwälte, davon 9 für Finanzrichter, mit dem dafür erforderlichen Unterbau zu schaffen, um der bevorstehenden, teilweise bereits eingetretenen Funktionsunfähigkeit der Gerichte und damit einem verfassungswidrigen Zustand entgegenzuwirken.

Diese von uns beantragte Stellenvermehrung, die zur Entlastung der Gerichte erfolgen soll, ist die erste Rate eines auf drei Jahre angelegten Programms.

Meine Damen und Herren, wie ist die Lage der Rechtspflege zu beschreiben? Seit 15 Jahren werden die Gerichte aller Rechtszweige von einer Prozeßwelle überrollt. Der Deutsche Richterbund, der Präsident des Bundesgerichtshofes, Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts und nicht zuletzt der Präsident des Oberlandesgerichts in Düsseldorf, Herr Wiesen, haben wiederholt auf die kritische Situation hingewiesen. Der